

Roland Stögbuchner ist Student der Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Psychologie und Mitarbeiter des Projektes „Identitätsprozesse und politische Bildung“



Rechtsextremismus, Strafrecht und Diversion

Ein Pilotprojekt zur Arbeit mit nach dem Verbotsgesetz angezeigten Jugendlichen im Rahmen diversiver Maßnahmen

Wenn ein Jugendlicher in Österreich gegen das NS-Verbotsgesetz verstieß, dann gab es bis Mitte der 1990er Jahre nur eine Prozedur, nämlich dass er bestraft oder freigesprochen wurde. Ein Großteil dieser Jugendlichen gehörte aber nicht zum „harten Kern“ der rechtsextremen Szene, sondern war „Mitläufer“, der – meist unter Alkoholeinfluss – mit Neo-Nazi-Aktivitäten auffällig wurde. Ausgehend von der Annahme, dass diese Jugendlichen oftmals nicht primär aus „politischer Überzeugung“, sondern vielmehr auf Grund von identitären Angeboten rechtsextremer Gruppen an Delikten, die zu einer Verfolgung nach dem NS-Verbotsgesetz führen, beteiligt sind, erarbeitete das Friedensbüro Salzburg gemeinsam mit dem Institut für Geschichte der Universität Salzburg ein

Projekt zur Arbeit mit nach dem Verbotsgesetz angezeigten Jugendlichen im Rahmen diversiver Maßnahmen aus.

Ähnliche Projekte fanden bzw. finden in Innsbruck („NS-Geschichte und Ideologie“, Institut für Politikwissenschaft) und in Linz („Geschichte und Demokratie“, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik) statt. Der Grundgedanke des Innsbrucker Modells war, einerseits über den Nationalsozialismus aufzuklären und andererseits den Gegensatz Nationalsozialismus – Demokratie den Jugendlichen bewusst zu machen. Das Linzer Projekt besteht aus vier Modulen: Historischer Background, Konnex zum politischen System, Demokratische Grundwerte und ein offener Abschluss, der für jede Gruppe individuell gestaltet wird. Das Besondere

an diesem Konzept ist, dass neben der Wissensvermittlung soziale Inputs in ein Tandem-System integriert werden. Studierende werden den Jugendlichen zugewiesen, die auf einer privaten bzw. persönlichen Ebene mit den Jugendlichen kommunizieren und sie so durch das Projekt begleiten. Genau an diesen sozialen Inputs setzt das Salzburger Projekt an. Es geht nicht primär um kognitive Wissensvermittlung im Sinn politischer Bildung, sondern vor allem um die Reflexion von identitätsstiftenden Angeboten (politischer) Gruppierungen, die Bedeutung von Gewalt (akzeptanz) sowie das Aufweichen starrer Identitätsmuster und – damit zusammenhängend – eine Erweiterung von Handlungsoptionen. Ziel ist es, mit den Jugendlichen, ohne Moralisieren und Belehren mit erhobenem Zeigefinger, ihr Handeln bzw. gesellschaftliche und politische Hintergründe zu reflektieren und weitere (Selbst-)Stigmatisierungen zu verhindern. Aspekte der politischen Bildung sollen dabei jedoch nicht vernachlässigt werden. Im Rahmen des Projektes werden deshalb im Wesentlichen drei Aspekte thematisiert:

- * Die Erörterung demokratie-, gesellschafts-politischer und historischer Aspekte und Mechanismen (Aspekt „Politische Bildung“)
- * Das Reflektieren von identitätsstiftenden Gruppenprozessen (Schwerpunkt: Identität und Gewalt) (Aspekt „Identitätsprozesse und peer-groups“)
- * Das Erarbeiten individueller Perspektiven unter Berücksichtigung persönlicher und lebensweltlicher Besonderheiten (Aspekt „Biografieplanung“)

Erfahrungen aus Projekten mit rechtsorientierten Jugendlichen in Deutschland haben gezeigt, dass nur politische Bildung die Jugendlichen oft kaum erreicht, ja sogar kontraproduktiv sein kann.

Mit diesem Projekt soll versucht werden, eine Brücke zwischen politischer Bildung und Sozialarbeit zu schlagen.



Foto: Martin Langer